



## Politik Speed-Dating des „Arbeitskreises der Stadt- und Kreisjugendringe Brandenburgs“ am Marie-Curie-Gymnasium

Am 22. September entscheiden die Menschen in Brandenburg, wie der nächste Landtag und damit die Landesregierung für die nächsten fünf Jahre aussehen sollen. In Brandenburg ist das Wahlalter inzwischen auf 16 Jahre festgesetzt und damit hat Schule mehr denn je den Auftrag, junge Menschen zur kritischen Auseinandersetzung mit politischen Inhalten zu befähigen.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns als gymnasiale Bildungseinrichtung des Landkreises Prignitz sehr über das Angebot des „Arbeitskreises der Stadt- und Kreisjugendringe Brandenburgs“ gefreut, dass wir am Marie-Curie-Gymnasium eine von vielen Stationen einer jugendpolitischen Tour sein dürfen. Dazu wurde in Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring und unserer Schule durch den „Arbeitskreis der Stadt- und Kreisjugendringe“ ein Diskussionsformat für unsere Schülerinnen und Schüler der 11. und 12. Jahrgangsstufe mit Politikern verschiedener Parteien organisiert.

In den Gesprächen wurden natürlich Themen wie Bildungspolitik, Mobilität und ÖPNV oder Sicherheit und Migration diskutiert und ganz klare Forderungen durch die Jugendlichen unserer Schule formuliert. Bei der abschließenden Auswertung der Veranstaltung mit den Schülerinnen und Schülern ergab sich dann auch ein eindeutiges Bild: Nahezu alle empfanden diesen Austausch als sehr informativ und interessant und nahezu alle Schülerinnen und Schüler wünschten sich ein solches Format regelmäßig, obwohl nur wenige angaben, dass sich ihre persönliche Wahlentscheidung durch die Gespräche verändert habe.

Natürlich ist uns nicht verborgen geblieben, dass es im Nachgang auch Diskussionen darüber gab, ob eine solche Veranstaltung vor Wahlen an einer Schule überhaupt durchgeführt werden dürfe. Leider treten darüber die Interessen und Forderungen der jungen Menschen in den Hintergrund. Dennoch wollen wir zur Versachlichung und zur Klarstellung beitragen und auf einige Punkte eingehen:

1. In der Hausordnung des Marie-Curie-Gymnasiums steht: „Der schulische Raum gebietet politische Zurückhaltung und parteipolitische Neutralität, weshalb die Werbung für politische Parteien oder Bewegungen grundsätzlich verboten ist.“

Das ist vollkommen richtig. Daher wurden die teilnehmenden Politiker bereits vorab vom Organisator Herrn Trzensimiech schriftlich darüber belehrt, dass inhaltliche Diskussionen im schulischen Kontext erlaubt sind, politische Werbung jedoch strikt untersagt ist. Das Verteilen von Flyern, Werbematerialien, Giveaways sowie das Zeigen von Parteilogos oder Ähnlichem sind nicht gestattet. Diese Regeln stellte auch der Schulleiter zu Beginn der Veranstaltung noch einmal öffentlich dar.

2. Warum finden so kurz vor Wahlen überhaupt Veranstaltungen mit Politikern an Schulen statt? Ist das eigentlich erlaubt?

Es ist entsprechend §4 des Brandenburgischen Schulgesetzes ausdrückliches Ziel, Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, „[...] soziale und politische Mitverantwortung



durch individuelles Handeln und durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu übernehmen und zur demokratischen Gestaltung einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen [...]“ Daher ist auch die Auseinandersetzung mit demokratischen Prozessen und politischen Inhalten geradezu geboten. Gab es vor einigen Jahren noch ein „Abstandsgebot“, wonach Politiker im Zeitraum von sechs Wochen vor Wahlen Schulen nicht besuchen sollten, wurde dies bereits 2017 geändert, gerade damit junge Wahlberechtigte auch die Möglichkeit haben, sich zu informieren. Wichtig dabei ist es, sicherzustellen, dass keine einseitige Darstellung erfolgt bzw. keine einseitige Diskussion geführt wird, sondern politische Ausgewogenheit gewährleistet bleibt.

Bei der jugendpolitischen Tour des „Arbeitskreises der Stadt- und Jugendringe“ waren am Marie-Curie-Gymnasium Vertreter sechs verschiedener Parteien mit teils sehr unterschiedlichen Positionen vertreten, so dass die Ausgewogenheit gewährleistet war!

### 3. Warum waren manche Parteien gar nicht eingeladen und darf so etwas sein?

Keine Partei und keine Politiker haben einen Anspruch darauf, mit Schülerinnen und Schülern im Unterricht diskutieren zu können. Aus der Verpflichtung zur Ausgewogenheit lässt sich auch kein Anspruch ableiten, dass alle Parteien vertreten sein müssten. Zur Landtagswahl in Brandenburg sind 14 Parteien zugelassen. Schon aus organisatorischen Gründen wäre eine solche Veranstaltung mit Vertretern aller Parteien nicht zielführend.

Unser Ziel ist es, unsere Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen, ein demokratisches Bewusstsein zu entwickeln und gesellschaftliche und politische Entwicklung mit wachem Geist kritisch zu hinterfragen. Wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler dabei begleiten, dass sie für ihre Interessen eintreten, sich stark machen und ihre Positionen selbstbewusst vertreten. Wir hoffen, dass diese Veranstaltung dazu beigetragen hat und dass in Zukunft wieder mehr über die Forderungen und Positionen der jungen Menschen diskutiert wird als über die Teilnehmer einer Veranstaltung.

Andreas Giske  
Schulleiter Marie-Curie-Gymnasium